

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Martin Burkert, Michael Groß,
Ulrike Gottschalck, Hans-Joachim Hacker, Johannes Kahrs, Gustav Herzog,
Ute Kumpf, Kirsten Lühmann, Thomas Oppermann, Florian Pronold,
Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD**

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/200, 17/201, 17/612, 17/623, 17/624, 17/625 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010
(Haushaltsgesetz 2010)**

**hier: Einzelplan 12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag lehnt die Einführung einer Pkw-Maut, sei es in der Form einer jährlichen pauschalen Vignette oder einer streckenbezogenen Abgabe für Pkw-Fahrten, ab.

Berlin, den 15. März 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Begründung

Die Einführung einer Pkw-Maut ist abzulehnen:

- Eine Pkw-Maut ist unsozial. Mit der Kraftfahrzeug- und der Energiesteuer (frühere Mineralölsteuer) leisten die Pkw-Fahrer in Deutschland bereits einen angemessenen Beitrag zu den staatlichen Einnahmen. Zusätzliche Abgaben würden vor allem die Menschen unzumutbar treffen, die – gerade in Flächenländern – aus familiären oder beruflichen Gründen auf ihr Fahrzeug dringend angewiesen sind.
- Eine Pkw-Maut führt zu einer eklatanten Verschlechterung der Verkehrssicherheit. Pkw-Fahrer nehmen im Gegensatz zu Fahrern von gewerblich

genutzten Lkws aus Kostenersparnissen Umwege in Kauf. Eine auf Bundesautobahnen beschränkte Pkw-Maut führt daher zur Verdrängung von Verkehren von der Autobahn auf nachgeordnete Bundes- und Landesstraßen. Gerade Autobahnen sollen jedoch möglichst die übrigen Straßen entlasten. Das Verkehrsaufkommen nimmt auf Bundes- und Landesstraßen, die dafür nicht ausgelegt sind, zu. Das führt zu mehr Staus und zu mehr Verkehrstoten.

- Eine Pkw-Maut, die ausschließlich auf Bundesautobahnen eingeführt wird, vergrößert die Umweltschäden. Aufgrund der Ausweichverkehre auf nachgeordneten Bundes- und Landesstraßen verlängern sich die Fahrtwege. Das erhöht den Kraftstoffverbrauch sowie den CO₂-Ausstoß.
- Eine streckenbezogene Pkw-Maut bedroht den Datenschutz. Mit Hilfe der kilometergenauen Abrechnung der Pkw-Maut ließen sich Bewegungsprofile aller Pkw-Fahrer erstellen. Dieses Problem wird sich im Fall einer Ausdehnung der Mautpflicht auf alle Bundes- und Landesstraßen in Deutschland noch verschärfen.
- Eine flächendeckende Pkw-Maut ist in einem Land mit der Größe Deutschlands technisch nicht funktional umsetzbar. Sie schafft außerdem einen bürokratischen Aufwand, der in keinem positiven Verhältnis zum vermuteten Nutzen steht.
- Die Einnahmen aus einer Pkw-Maut, die von den rund 5 Prozent ausländischen Pkw-Fahrern auf deutschen Straßen geleistet würden, könnten nach aktuellen Berechnungen nicht einmal die prognostizierten Systemkosten der Erhebung einer Pkw-Maut in Deutschland decken.
- Der sogenannte Tanktourismus in den Grenzregionen rechtfertigt eine deutschlandweite Einführung einer Pkw-Maut nicht. Eine realistische Lösung des Problems stellt allein die weitere Harmonisierung der Besteuerung von Kraftstoffen im Sinne einer besseren Mindestbesteuerung auf europäischer Ebene dar.